

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petizelle oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

## Der Bürgerkrieg in Brasilien.

Rio de Janeiro, 21. November.

Kugeln, Granaten, Blut, Tod, Elend, das ist das Leben, welches in meine Berichtsfälle geliefert wurde, und auch für heute müssen meine Leser gleich mit dieser Kiste füllig nehmen. Wir sind noch keinen Schritt weiter in der Revolution, sie ist nachgerade eine chronische Krankheit geworden, deren Ende nicht abzusehen ist. Am 11. ds. veröffentlichte die englische Gesandtschaft eine Bekanntmachung, die mitteilt, daß alle ein- oder auszulandende Handelswaren nicht nur an Bord, sondern auch in den Richtern und in den Häfen unter dem Schutz der betreffenden Kriegsschiffe gestellt werden. Es hat über zwei Monate gedauert, bis auf diese Weise fremdes Eigentum geschützt wurde.

Der Kampf der Fregatten gegen Villegaignon findet mit großer oder kleineren Pausen täglich statt, ohne daß bis jetzt von irgendwelchen größeren Vorteilen die Rede sein könnte. Villegaignon antwortet hier und da und entschädigt sich besonders dadurch, daß es auf die Stadt mit Flinten und Revolverpatronen schießt und uns auch zur Abwechslung von Zeit zu Zeit einige Granaten zukommen läßt. Nachts werden die Ufer, besonders bei Gloria und dem Arsenal, von einigen Dampfbaracken aus mit Schnellfeuerkanonen beschossen, worauf die Regierungstruppen mit fortwährenden, gewöhnlich wenig Schaden anrichtenden Gewehrfeuern antworten. Das ist das tägliche Programm, in dem wenig oder gar keine Veränderung eintritt. Am 14. verbreitete sich die Nachricht, daß ein Vertrag zwischen Mello und dem Kommandanten Admiral und Direktor der „Gloia Naval“ Salomão da Gama zu Stande gekommen sei, wonach die Revolution die Wiedereröffnung der Monarchie zum Zwecke haben sollte. Der folgende Tag aber war der vierte Jahrestag der Republik, und Mello's Schiffe prangten in feierlichem Flaggenschmuck, ein Zeichen, daß jenes Gerücht vorläufig wenigstens nicht gerechtfertigt ist. Salomão da Gama, der begeisterte Anhänger der Monarchie, lebte bis jetzt in völliger Neutralität und die Ereignisse abwartend in seinem kaisertümlichen Königreich, der Robra-Insel. Seine Flotte besteht aus dem Kreuzer „Albatros“, der am 15. nicht flaggte. Dieser Schiffe ist seit einigen Tagen kriegsgerüstet und mit den meisten vorübergehenden Booten, mit Ausnahme der Schallpauken der Kriegsschiffe, zur Inspektion an. Die Robra-Insel ist auch besetzt und die dort wohnenden Familien haben Befehl erhalten, ihre Wohnungen zu verlassen. Bis heute steht jedoch noch auf der Insel die weiße Flagge, die alle Mello ergebenen Schiffe und die Fregatten Villegaignon führen. Salomão's Einfluß ist besonders bei der Flotte groß und der Admiral ist persönlich sehr beliebt. Er unterstützte bis jetzt Mello infolge, als er dessen Verwundete pflegte und ihm die Gefangenen wieder zuschickte. Lieberhaupt ergreife alle mit der Republik unzufriedenen die Gelegenheit, sich der Bewegung mehr oder weniger anzuschließen, ohne ihre Einzelinteressen aus dem Auge zu lassen, wodurch ein gemeinsames, geordnetes Vorgehen ganz ausgeschlossen ist. Dagegen macht sich auch der Einfluß des Vizepräsidenten immer mehr geltend, und sein ruhiges, feines Verhalten gewinnt ihm von Tag zu Tag mehr Anhänger, so daß viele, die im Anfang den Ereignissen ruhig zusahen, sich jetzt offen zu Mello bekennen.

Am Morgen des 16. durchsuchten fünfzehn Dampfbaracken der fremden Geschwader, von einem italienischen Kreuzer begleitet, die Bai nach Wein. Die Regierung hatte fürsorglich den Kommandanten der Kriegsschiffe mitgeteilt, man fürchte, daß die Ausländer solche gelegentlich hätten und daß dadurch die fremden Schiffe in Gefahr geraten könnten. Das Ganze klingt außerordentlich unwahrscheinlich, und es wurde mir sowohl von deutscher als von englischer Seite versichert, daß die Weinen ohne Zweifel von der Regierung selbst gegen Mello's Schiffe gelegt worden, aus einem oder dem anderen Grunde jedoch ihren Zweck verfehlt und wahrscheinlich abgetrieben seien. Nun habe die Regierung Angst bekommen und das fremde Geschwader benachrichtigt, indem sie natürlich alle Schuld auf die Ausländer schiebt. Die Suche dauerte von 7 bis 10 Uhr Morgens, doch wurde nichts Verdächtigtes aufgefunden.

Am 17. setzten die Ausländer die beiden Schiffe des Kommandanten „Almirante Tamandare“ auf, an dem schon über zehn Jahre „gebaut“ wird, und machten am 19. die ersten Versuche mit der neuen Schraube, wodurch jedoch nur eine Geschwindigkeit von höchstens 4 bis 5 Knoten erreicht wurde. Der „Zarary“, ein flaches Dampfschiff mit sehr schweren Geschützen, hat auch seinen Schlot aufgesetzt, doch soll bis jetzt die Schraube fehlen und die sehr mangelhafte Maschine soll nur zur Bewegung der Räder benutzt werden.

Der heutige Tag war wieder ungewöhnlich ruhig. Man kann sagen, daß sich die ganze Nacht der Ausländer im Gedächtnis befindet, während sonst immer die meisten Schiffe mehr oder weniger unthätig dem Kriegsschauplatz zusehen. Schon um 8 Uhr begann der „Tajano“ und „Guanabara“ hierher zu beschleunigen, der „Albatros“ und „Zarary“ feierten gegen das Gragoata-Fort und Villegaignon nahm den Kampf mit den Fregatten der Baie an. Die Dampfer der Co. Trigorica und des Lloyd Braziliere sowie der „Tamandare“ stimmten in das allgemeine Konzert ein und beschossen von Moquegua aus Mitternachts und besonders die besetzte Ponta da Avero. Von beiden Ufern antworteten alle Fregatten und Batterien, sogar die den Strand bewachenden Soldaten feuerten im Eifer wirkungslos Geschosse ab. Kurz nach Mittag sah man ein kleines Boot, in dem sich ein einzelner Matrose befand, vom „Zarary“ nach Villegaignon fahren, das er trotz eines wahren Hagels von Geschützen erreichte. Der Mann verweilte etwa eine Stunde in der Festung und kehrte trotz des geradezu ungläublichen Augenregens unverletzt zum „Zarary“ zurück. Es war eine tollkühne That, die erwähnt zu werden verdient, besonders da das Regierungsblatt „Paiz“ sich alle Mühe gab, sie zu verkleinern, da die Regierungselite belächelt nicht zugeben wollte, daß sich unter Mello'sen Leuten tapfere Soldaten befinden. Nach meiner Erfahrung ist das gerade Gegenteil der Fall. Die Marine besteht hauptsächlich aus Negerskizzen und besonders aus Caboccos, d. h. Kupferfarbenen Nachkommen der Indianer. Letztere besonders zeigen große Tapferkeit und wahre Todesverachtung. Sie führen

jeden Befehl aus, sehen sie jedoch nur einmal einen Vorgesetzten sich feig benehmen, so ist es mit dem Gehorsam und der Achtung für immer vorbei. Das Landheer dagegen setzt sich aus den wunderbarsten Elementen zusammen, da marschieren halbe Kinder von 14 bis 16 Jahren neben Trunkenbolden und Gesellen noch schlimmeren Art, sodaß man wirklich oft erstaunt ist über den Verstand, solchen Leuten Waffen anzuvertrauen. Den besten Eindruck machen noch die Schüler der Militärschule, aber auch sie sind noch weit entfernt von dem, was wir in Europa unter Soldaten verstehen. Man kann sich hier nicht mehr durch gewisse Straßen gehen, ohne fortwährend von Soldaten angebettelt zu werden, und giebt man nichts, so setzt man sich der Gefahr aus, daß das Gewehr des einen oder des anderen Vaterlandsverräthers zufällig losgeht. Die Patronen der Mäntelgewehre werden, nachdem sie vorher entleert und das Pulver, wie ich selbst öfters gesehen habe, zu Spielereien vergeudet worden, zum Preise von 200 Reis überall von den Soldaten angeboten. Und das alles geschieht ganz öffentlich, ohne daß ich bisher von irgendwelcher Bestrafung, geschweige denn strengen Maßregeln gehört hätte. Spricht man mit einem gebildeten Brasilier über derartige Vorgänge, so ist er sehr erstaunt, daß einem so etwas auffällt, und giebt im besten Falle die berühmte oder vielmehr berichtigte Antwort: „Paciencia!“ Bei solchen Zuständen darf man sich freilich nicht so sehr darüber wundern, daß die Revolution immer noch andauert, also — „Paciencia!“ (Köln. Ztg.)

## Deutschland.

Berlin, 20. Dezember.

Hehr. v. Mantuffel, der sich seit dem Dezember 1891 an einem Freunde des deutsch-österreichischen Handelsvertrags in einen Gegner sämtlicher Handelsverträge gemauert hat, machte in der Reichstagsitzung vom 14. Dezember darauf aufmerksam, daß gegen 99 Prozent sämtlicher Landwirthe auf seiner Seite stehen und das unterschreiben, was ich gesagt habe.“ Demgegenüber wird in der „Köln. Ztg.“ festgestellt, daß nicht einmal 99 Prozent der dem Reichstage angehörigen Landwirthe auf Seiten des Freyen von Mantuffel stehen. Unter den 189 Abgeordneten, die für den räumlichen Handelsvertrag gestimmt haben, befinden sich fünfzig Landwirthe, darunter die Großgrundbesitzer Fürst zu Fürstberg, Fürst Ferdinand Radziwiłł, Prinz Carolath, ferner reichlich Rittergutsbesitzer und elf Abgeordnete, die als Bauern, Landwirthe, Hofwirthe aufgeführt sind.

— Betreffs des Jesuitenordens erinnert die „Post. Ztg.“ daran, daß die sämtlichen katholischen Abgeordneten der Reichstags, darunter der Abgeordnete A. Reichensperger, die damaligen Bischöfe von Breslau und Mainz, am 24. August 1848 durch den General v. Radowski eine Erklärung abgaben, in der es heißt: „Der Jesuitenorden war im 16. Jahrhundert eine Unfluth, um augenblicklichen Bedürfnissen der katholischen Kirche zu genügen, aber jetzt besteht für Deutschland ein solches Bedürfnis in keiner Weise. Der deutsche Episkopat, der deutsche Klerus bedürfen jeder Hilfe nicht, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Die deutsche Wissenschaft bedarf keiner Unterstützung solcher Art. Der Augen, den man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche Deutschlands versprochen konnte, würde in gar keinem Verhältnis zu den tiefen Störungen und Gefahren stehen, welche seine Gegenwart hervorgerufen müßte.“

— Wie kläglich, ja geradezu jämmerlich an manchen Orten die Volksschullehrer besoldet werden, zeigt folgende Meldung der „Köln. Ztg.“: „Daß die Erhöhung des Gehalts der Nebenlehrer zweiter Klasse, die auf der Geest 195 Mk. (Hilfslehrer sogar nur 165 Mk. frei) beziehen, jedenfalls erhöht werden muß, beweist die Thatfache, daß einige Wägen im Vorverlaufe jährlich 240 Mk. erhalten, wo noch kleinere Nebenleistungen hinzutreten. Also nicht allein die Kräfte, sondern auch die Wägen verdienen in jetziger Zeit bedeutend mehr Geld, als ein Nebenlehrer zweiter Klasse auf der Geest. Solchen wirklichen Thatfachen gegenüber ist doch anzunehmen, daß die Regierung sich wegen der Erhöhung des Gehalts der Nebenlehrer zweiter Klasse nicht ablehnend verhalten kann.“

Man wird gewiß auch den Knechten und Mägden ihren Lohn gern gönnen, aber wenn ein Lehrer schlechter besoldet wird als die dienende Klasse, so ist die Folge, daß er auch geringer bezahlt wird. Das ist nicht gut, weder für die Lehrer, noch für die Volksschule überhaupt.

— Die „Köln. Ztg.“ hatte, da die Gegner der Handelsverträge im jetzigen Reichstage unterlagen, einzelne Mitglieder früherer Reichstage als geistliche Götzenbilder aufmarschieren lassen. Auch Graf Ballestrem, dessen konservative Meinungen ja nicht unbekannt sind, war darunter. Aber trotz seiner konservativen Meinungen fühlt sich Graf Ballestrem unter den Gegnern der Handelsverträge nicht wohl. Er beiläufig des halb, in der „Schl. Volksztg.“ in einem aus Plamowski, 17. Dezember, datirten Schreiben zu erklären:

„In einem Artikel, benannt „Das Zentrum und die Handelsverträge“, schreibt die „Köln. Ztg.“ in ihrer Nr. 589 vom 16. d. M., es sei anzunehmen, daß auch Graf Ballestrem hinter denjenigen schleichenden Abgeordneten stehe, welche gegen den räumlichen Handelsvertrag gestimmt haben. Diese Annahme ist irthümlich; wenn ich noch dem Reichstage angehörte, würde ich für den räumlichen Handelsvertrag gestimmt haben; ich hätte dieses gethan, weil ich in der Ablehnung dieses Vertrages einen großen Nachtheil für die oberste Industrie und die in derselben beschäftigten Arbeiter, dagegen keinen besonderen Vortheil für die schleichende Landwirtschaft gesehen hätte.“

Wir fürchten, daß nun die Autorität des schleichenden Grafen, die schon beim Zentrum Schiffbruch gelitten hat, nun auch bei der „Köln. Ztg.“ beinahe sinken wird.

— Die Zeitung des russischen Finanzministers bringt wie alljährlich im Dezember auch in diesem Jahre eine ausführliche Aufstellung über den vorläufigen Umfang der Getreide- und Ausfuhr in den für den Weltmarkt wichtigsten Ländern während des laufenden Getreidejahres. Diese Aufstellungen beziehen sich auf den meisten Gebieten mit großer Sorgfalt und Sachkunde ausgeworfen zu sein; ihr Verfasser hat auch in den letzten Jahren namentlich mit seiner Schätzung des Umfangs der russischen Weizenexporte bemerkens-

werthe Erfolge erzielt, er verdient aber den Vorwurf, daß er mit der Statistik nicht viel Federlebens macht, wenn es ihm darauf ankommt, die Ergebnisse seiner Ermittlungen dem Gange der hohen Politik anzupassen.

So pflegt er den Roggenbedarf Deutschlands stark zu überschätzen. Für das letztverlossene Getreidejahr (1892-93) hatte er die deutsche Roggenexporte um 861 000 Tonnen zu niedrig und den Bedarf Deutschlands an fremdem Roggen um 472 000 Tonnen zu hoch veranschlagt; bekanntlich ist ja die russische Presse angelegentlich bemüht, den Nachweis zu liefern, daß Deutschland den russischen Roggen nicht entbehren könne. Sodann scheint in der jetzt vorliegenden Aufstellung das Versehen bei der Ermittlung der aus der diesjährigen Ernte in Russland für die Ausfuhr verfügbaren Roggenmenge von dem Wunsch, angesichts des störenden Abfluges des starken Ausfuhrbedarfs Russlands zu verschleiern, beeinflusst zu sein. Es wird nämlich zwar der nach Abzug der Ausfuhr verbleibende Ertrag für das europäische Russland mit Einschluß von Polen auf 926,1 Millionen Pud Roggen (1871/2) Millionen Pud mehr, als im Vorjahre) in Ansatz gebracht, nichtbedeutender aber die auszuführende Roggenmenge nur auf 51,2 Millionen Pud (29,3 Millionen mehr als im Vorjahre, welches die verhältnismäßig geringfügige Roggenausfuhr von 22 Millionen Pud zu verzeichnen hatte) veranschlagt. Der Gutachter sucht diese auffällige Verkleinerung zu rechtfertigen, indem er ausführt, das günstige Ergebnis der diesjährigen Roggenenernte werde eine starke Zunahme des einheimischen Verbrauchs im Geleite haben, zumal ja die im Jahre 1891 erschöpften Vorräthegeräthe im Vorjahre erst theilweise wieder ergänzt worden seien. Er rechnet auf einen Verbrauch von 875 Millionen Pud oder 158,2 Millionen Pud mehr als im Vorjahre.

Wir halten diese Veranschlagung des einheimischen Verbrauchs für zu hoch; der Ausfuhrbedarf Russlands für Roggen dürfte wesentlich größer sein als 51,2 Millionen Pud. Die russische Roggenausfuhr hat im Laufe der letzten zehn Jahre im Jahresdurchschnitt 74 Millionen Pud betragen; weshalb soll man nun annehmen, daß sie trotz des günstigen Ausfalls der 1893er Ernte während des laufenden Getreidejahres hinter diesem Durchschnitt um 22,8 Millionen Pud zurückbleiben wird?

Den Einfuhrbedarf Deutschlands bringt die russische Aufstellung mit 50,6 Millionen Pud Roggen (37 Millionen Pud mehr als im Vorjahre) in Ansatz, indem sie die deutsche Roggenexporte auf 385,8 Millionen Pud (nähzu 99 Millionen weniger als im Vorjahre) veranschlagt. Auch in diesen Schätzungen scheint sich das oben gekennzeichnete Bestreben wiederzuspiegeln; voraussichtlich wird die deutsche Roggenenernte während des Getreidejahres 1893-94 hinter 50,6 Millionen Pud (380 000 Tonnen) recht erheblich zurückbleiben.

— Das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. hat den Konturs über das Vermögen des Grafen von Hachenburg — so heißt der ehemalige Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Sayn — seitdem er auf Fürstentum, Namen und Besitz veräußert hat — wieder aufgehoben. Der Konturs war vom Amtsgericht zu Hachenburg in Nassau verhängt worden, auf Antrag der vom Kaiser zur Wahrnehmung der Interessen der Kinder des Grafen ernannten Kuratoren, des Ober-Schmeisters Freiherrn von Wirtach in Berlin und des Majors Freiherrn von Huene in Freiburg i. B., wenige Tage vor der Gefährdung des ältesten Sohnes, des Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Sayn. Auf die Beschwerde des Grafen hatte bereits das Landgericht zu Neuwed die Aufhebung des Konturs angeordnet. Die beiden Kuratoren hatten aber noch die Entscheidung des Oberlandesgerichts anzufragen und dieses hat jetzt sein Urtheil dahin abgegeben, daß weder eine Ueberwindung noch eine fällige Forderung glaubhaft gemacht worden sei, es daher an den Voraussetzungen einer Kontursverhängung fehle.

Breslau, 19. Dezember. Der Vorstand des hiesigen Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Der Landtagsabgeordnete Synthes Göttem hat nach den Landtagswahlen sich für eine Erhöhung der Viehsteuer ausgesprochen. Der Wahlkampf in hiesiger Stadt wurde von den vereinigten freisinnigen Parteien auch unter Parole: „Gegen Erhöhung der Viehsteuer!“ geführt. Wir müssen demnach glauben, daß Göttem auf diesen Standpunkt steht. Und über seine gegenwärtige Ansicht anzuführen, daß derselbe unterlassen. Wir lehnen deshalb jede Verantwortung für das Verhalten Göttems ab und überlassen die weiteren Schritte dem liberalen Wahlverein (freisinnige Vereinigung), der Göttem als Kompromißkandidaten auspräsentiert hat.“

Gildesheim, 17. Dezember. Hier hielt gestern der land- und forstwirtschaftliche Kreisverein Steverwald-Marienburg eine Versammlung ab, in der dem Umde der Landwirthe von Seiten eines der hervorragenden Landwirthe der hiesigen Gegend eine scharfe Abrede zu Theil wurde. Vom Vorsitzenden, Landrath Graf v. Borries, wurde die Mittheilung gemacht, daß der in der letzten Versammlung gefaßte Beschluß wegen Errichtung von Landwirtschaftskammern in voriger Woche der Sitzung des Vorstandes des Kreisvereins vorgelegt habe, der indessen die Verantwortung der Errichtung der Landwirtschaftskammern abgelehnt habe, weil er die Organisation der landwirtschaftlichen Vereine für vollständig ausreichend hält zur Vertretung der Interessen der Landwirthe. Der Urheber des Antrages, Rittergutsbesitzer Viktors von Wenzhausen, bedauerte die ablehnende Haltung des Kreisvereinsvorsitzenden und wies darauf hin, daß gerade unter den heutigen Verhältnissen die Landwirtschaftskammern als eine wirksame Interessengruppierung ganz besonders erwünscht wären; denn der Bund der Landwirthe, auf den Anfangs so große Hoffnungen gesetzt seien, habe sich so vollständig unmöglich gemacht durch sein demagogisches Vorgehen, daß man ihm nicht mehr anhangen könne. Der Redner hält sich für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß er schon seit mehreren Wochen aus dem Bund der Landwirthe ausgetreten sei und auch andere Landwirthe seines Bezirks veranlassen werde, das Gleiche zu thun. Er will und kann einer Vereinigung nicht mehr angehören, die solche Mittel gebraucht, um sich Geltung zu verschaffen. Das Vorgehen des Bundes der Landwirthe gleiche dem der Sozialdemokratie. Die Landwirtschaft müsse die Regierung unterstützen und nicht ihr entgegengetreten. Wenn die Regierung erkenne, daß die etwaigen Wünsche der Landwirthe berechtigt seien, so würde sie, das Vertrauen müsse man zu ihr haben, diesen Wünschen auch zugänglich sein.

Braunschweig, 19. Dezember. Von drei Mitgliedern des Kreislandtags Braunschweig ist für die am 5. Januar l. J. stattfindende Gesamtsitzung nachfolgender Antrag eingebracht worden, der in seiner Begründung auch weiteres Interesse hat: „Die Beförderung von frischen Bohnen und Erbsen nach Braunschweig auf weißen Frachtbriefen mit Personen- und Gültzügen zum Rückfrachtfache vom 15. Juni bis 15. September zu gestatten oder einen Ausnahmetarif dafür einzuführen.“ Der Antrag ist also begründet: Die Erzeugung von Gartenfrüchten in der Nähe von Braunschweig bevorzugt immer mehr den Spargel. Eine Mittelernte beträgt für den Morgen zwischen 500 bis 1000 Mark. Eine Fläche von 7000 Morgen wird in unmittelbarer Nähe von Braunschweig mit Spargel bebaut; die Ernte beläuft sich auf 3 bis 4 Millionen Mark im Werthe. Die gesammte Verarbeitung der Braunschweiger Konjunkturfabrik wird auf 7 bis 10 Millionen Mark geschätzt. Der Spargelanbau verdrängt allmählich den Anbau von Erbsen und Bohnen. Letztere werden indessen am Markt von allen Fabrikanten gefordert. Der Transport von weither ist nicht möglich, Einfuhr zu theuer, Viezerzeit zu lang. Die Konjunkturfabrik gerathen nach jedem Hagelschlage, der den Anbau der Umgegend vernichtet, in Stockung. Die Preise der Erbsen und Bohnen steigen derart, daß die Fabrikanten zum Stilllegen gezwungen werden. Der Zugang von außen soll regulierend wirken. Der Bezug durch Aeste findet seine natürliche Grenze. Ein Antrag auf Bewilligung der Frachtfachbefreiung zu gewöhnlichem Frachtfache für alle Gemüße hat keine Aussicht auf Erfüllung. Es würde zudem dem Wettbewerb der jungen ausländischen Gemüße damit der Weg geebnet werden. Dagegen erscheint bei dem heutigen Stande der Staatsbankrottation eine weitere Beschränkung in der Zeit geboten. Es wird daher eine Frachtfachermäßigung für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September jedes Jahres als dringend notwendig beantragt.

Aus Thüringen, 19. Dezember. Wie an den Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt bereits eine Petition gegen Auflösung des Jesuitenordens ergangen ist, so werden auch an die in den nächsten Wochen und Monaten sich wieder versammelnden Landtage von Weimar, Meiningen und Coburg-Gotha die gleichen Petitionen gerichtet werden. Es ist nämlich das Gerücht verbreitet, daß nach der etwaigen Aufhebung des deutschen Jesuitengesetzes besonders die deutschen Staaten zu Jesuitenüberlassungen auszuweichen seien, in welchen die Landesgesetzgebung dem nicht entgegensteht. Zu diesen Staaten gehören die thüringischen; es werden bereits Gesa in Sachsen-Weimar und Rudolstadt als solche Orte genannt, wo der Jesuitenorden einzutreten würde. Daß ob solcher Ausfichten die evangelische Bevölkerung sehr in Sorge ob ihres künftigen Friedens ist, bedarf wohl keiner besonderen Erklärung. Die Petitionen dagegen, die zunächst von den Zweigvereinen des Evangelischen Bundes ausgehen, stellen das dringende Verlangen, durch die Landesgesetzgebung die Ueberlassungen der Jesuiten und verwandter Orden zu verhindern.

München, 19. Dezember. Der Prinzregent ernannte den Kommerzienrath Häfner in Augsburg zum lebenslänglichen Reichsrath.

## Frankreich.

Die neueste in Paris eingetroffene Post vom Kongo berichtet über die Expedition Brazza's an den Grenzen von Kamerun. Brazza sei am 10. Oktober, als er gerade im Begriff stand, zur Expedition abzugehen, in Brazzaville schwer erkrankt; die beiden Ärzte, welche Tag und Nacht um ihn waren, hegten die Hoffnung, ihn retten zu können, hätten jedoch erklärt, falls es gelänge, Brazza wieder herzustellen, müsse derselbe behufs völliger Genesung nach den Kanarischen Inseln gehen.

Die Staatsanwaltschaft und die Polizeipräfektur werden gegenwärtig mit Drohbriefen überhäuft. Vom vorgestrigen Tage erhielt der Polizeipräfekt allein deren 55, größtentheils anonym, und von den übrigen ist nicht anzunehmen, daß die Schreiber ihre wahren Namen daruntersetzten. Gestern sah der Pariser Abgeordnete Georges Berger, des Sonntags früh, in seinem Arbeitskabinett, als das Telefonsignal ertönte. „Sie sind es, Bürger Berger?“ wurde angefragt, und auf die bejahende Antwort des Generalcommissars der letzten Weltausstellung folgte der Sprecher fort: „So? Sie haben also den Vorfall des Anschlusses für die Sprengstoffe geführt? Sie sind ein gemeiner Kerl, und Ihre Sprengstoffe werden Ihnen noch in der Schenke explodieren!“ Wobey dieser seine Graß kam, konnte der Pariser Abgeordnete nicht ermitteln.

Die Pariser Blätter, welche während des Spionen-Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig nur streng sachliche Berichte über die Verhandlungen brachten, treten nunmehr aus ihrer Zurückhaltung heraus. Das Abendblatt „Paris“ entwirft den zwei Franzosen, welche von dem deutschen Gerichte verurtheilt wurden, seinen Bewegten und dankbaren Gruß.

„Daß die deutsche Regierung“, fährt es fort, „die Herren Degens (Nobels) und Malabas (Daguer) verhaften und vor ein Gericht stellen ließ, darf ihr nicht verargt werden, aber ihre Haltung sollte uns als Lehre dienen. Liegt denn der Vorrath-Handel so fern? Hat man jenen Militär-Attache der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten vergessen, welcher seine bevorzugte Stellung bei uns ausnützte, um sich Dokumente zu verschaffen, die aus den Archiven des Kriegsministeriums gestohlen waren, und sie an Deutschland zu verkaufen? Man vergleiche damit den Handel, welcher die Streuze des Leipziger Gerichts auf unsere beiden Vandalen lenkte! Giebt es ein Land, wo die Militärspionage besser organisiert ist, als in Deutschland, und kann man irgendwo leichter, freier gehen und kommen, als in Frankreich? Daraus ziehe man den nöthigen Schluß! Kaum war das Urtheil gefällt, als Berliner Despatches eine Maßregel der Gnade an die künftigen. Wir wollen hoffen, sie sagen die Wahrheit. Die deutsche Regierung hat gezeigt, daß sie wacht, das ist ihr Recht; aber es liegt nicht in ihrem Interesse, so rasch die Zeit der Repräsalien zu eröffnen.“

Der radikale „Reit Parisien“ tritt heftiger auf. Er erzählt seinen Lesern, was die Deutschen alles thun, um ihre 2000 Kilometer Küsten zu schützen, welche schon durch ihre Vordenkschiffe heim und des Winters durch Eis geschützt sind. Ja, sie verstehen es, auf ihrer Höl zu sein, die Sieger!

„Und wir, die Besiegten, die Gedemüthigten, die wir erst am Abend der Nothdurft ruhig werden schlafen können, wir lassen die Thore offen, durch welche uns morgen, allen Alarmen unserer besessenen Seelen zum Trost, der Feind überfallen kann. Wenn Deutsche oder Engländer an unsere Küsten heranschleichen, so wären unsere Grenzschützer beinahe versucht, ihnen das Gewehr zu präsentieren. Paris ist es sich selbst schuldig, gegen alle Gaffereimachtigkeit zu leben. Das ist wohl wahr. Aber wäre es nicht hohe Zeit, unsere Küsten weniger gastfreundlich zu machen?“

Andere Zeitungen entließen sich sogar nicht, mit Repräsalien gegen alle in Frankreich lebende Deutsche zu drohen. Denn sie alle seien mehr oder weniger deutsche Spione.

## Italien.

Rom, 19. Dezember. Die morgigen Kammererklärungen Crispi's, die im heutigen Minister-rath mitgetheilt wurden, werden blühend und bestimmt die Nothwendigkeit neuer Opfer zur Hebung der moralischen und wirtschaftlichen Lage des Landes betonen. Crispi wird Erparungen in allen Ressorts zur Erzielung eines wahren und dauerhaften Budgetausgleichs versprechen und die selbstlose Mitwirkung des Parlaments bei dem patriotischen Werke der Wiederaufrichtung der Nation anrufen. Die auswärtige Politik wird nach ihm in heilsamen Einklang mit den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen gebracht werden. Die Vorlagen, deren sofortige Verabreichung beantragt wird, betreffen die Aushebung der Klasse 1874, die Verlegung der Zehnabstufung und einiger Bestimmungen des Bankgesetzes.

Rom, 19. Dezember. Das Exekutivkomitee für die Veranlagung von Festlichkeiten anlässlich des Kardinaljubiläums des Papstes begab sich unter Führung seines Ehrenpräsidenten Kardinal Parocchi zum Papste, um denselben zu dem vierzigsten Jahrestage seiner Ernennung zum Kardinal zu beglückwünschen und ihm Gaben als Pietätsgeld zu überreichen. Der Papst lobte den von dem Komitee für das Gelingen der Festlichkeiten an den Tag gelegten Eifer.

Valencia, 18. Dezember. Gestern Abend wurde von dem „Arbeiterbund“ in Monreale eine Kundgebung unter den Rufen: „Nieder mit der Stadtverwaltung“, „Nieder mit der Verzehrungssteuer!“ veranstaltet. Nachdem die Manifestanten einige Zollwächter mißhandelt und mehrere Steuerzinsanten in Brand gesteckt hatten, trieben Polizei und Militär die Unruhmacher auseinander und nahmen einige Verhaftungen vor. Die Manifestanten beklagten darauf die Kaserne, um die Verhafteten zu befreien. Im Haungemeine wurden ein Sergeant der Verhafteten schwer, zwei Gendarmen und zwei Verhaftete leicht verwundet, zwölf Manifestanten verlegt. Die bewaffnete Macht entließ sich des Schießens. Die Verhafteten, deren Zahl 32 beträgt, wurden in der Nacht nach Palermo gebracht. Heute Vormittag wurde die Kundgebung unter Hochrufen auf den König und die Königin und unter dem Rufe: „Nieder mit der Verzehrungssteuer!“ erneuert, aber ohne Kampf zerstreut. Der „Arbeiterbund“ von Villapiopeo verband sich mit der Kundgebung von Monreale und versuchte die Fahne des Bundes auf dem Balkon der Bürgermeisterei aufzuhängen, was dank der persönlichen Dazwischkunft von Offizieren und Polizeibeamten verhindert wurde. Nach Monreale wurden Verstärkungen geschickt. Der Bürgermeister von Monreale wurde abgesetzt und vor Gericht gestellt.

## Großbritannien und Irland.

London, 19. Dezember. Unterhaus. Gladstone erklärte, die Regierung könne Hamilton's Antrag nur als Mißtrauensvotum ansehen, sie müsse denselben daher durch die Forderung eines Vertrauensvotums bekämpfen. Darnach verlangte das System umzustufen, wonach die Flottenstärke dem Unterhause ausschließlich zur Verfügung vorgelegt werden. Zwar erfordere der Bau großer Schiffe in England 3 Jahre, aber in Frankreich seien dazu 4 1/2 Jahre erforderlich. Außerdem thue die britische Admiralität Schritte zur Beschleunigung des Schiffbaues. Die Mittel Englands zum Bau von Schiffen seien im Vergleich mit denen anderer Nationen außerordentlich groß. Die Forderung Hamilton's, daß die Regierung ihre Absichten bezüglich des Schiffbaues darlege, wolle die Verantwortlichkeit für diesen wichtigen Verwaltungszweig von der Regierung auf das Parlament übertragen. Die Regierung habe an dem bisherigen System fest, wonach die Schiffsbaupläne ausschließlich vom Unterhause zu genehmigen sind. In den Zeiten der Noth und Gefahr sei eine Abweichung von der Regel möglich; allein die gegenwärtige Zeit biete keine Noth und Gefahr dar; die Regierung sei mit den Vorbereitungen und Hilfsmitteln für den Bau großer Schiffe nicht nur einer Noth, sondern zwei Nothen weit voraus. Im gegenwärtigen Augenblicke stehe Englands Flotte der vereinten Flotte von Frankreich und Rußland nicht nach. England besitze jetzt 19 Schlachtschiffe erster Klasse, während Frankreich und Rußland deren nur 14 haben, von Kriegsschiffen der übrigen Klassen besitze England eine größere Anzahl als die drei Mächte zusammen; auch sei nicht außer Acht zu lassen, daß auch Schlachtschiffe in der französischen und russischen Flotte ganzwärtig alte Hölzschiffe seien. England habe gegenwärtig Schlachtschiffe von 57 000 Tonnen gegen Schlachtschiffe von 318 000 Tonnen Frankreichs und Rußlands. In allen Klassen seien die englischen Schiffe größer und mächtiger als die der obenverwandten Staaten. Angenommen, England begäme in Zukunft keine neuen Schiffe zu bauen, so würden Rußland und Frankreich zwar in den Jahren 1897 bis 1898 an Schlachtschiffen acht mehr als England besitzen, allein jene würden sich doch noch in der Unterwelt hinsichtlich des Besatzes der Schiffe befinden. Allein die englische Flotte werde verstärkt werden. Das Marineministerium sei augenblicklich mit der Prüfung von Plänen beschäftigt, die zur Verstärkung der Flotte nöthig seien. Dem Hause würden diese Pläne seiner Zeit zur Prüfung vorgelegt werden. Es wäre nicht weise, um die Regierung zu stützen, Methoden zu suchen, nach denen Bedürfnisse des Landes alljährlich festgestellt werden. Er hoffe, das Haus werde den Antrag nicht annehmen. (Beifall.)

## Amerika.

New-York, 9. Dezember. Die Jahresberichte der Departementschefs enthalten mancherlei bemerkenswerthe Einzelheiten. In dem Berichte des



